

**Am 27. September nahm unsere Beratungsstelle Haus im Hof Duisburg gemeinsam mit den Duisburger Schwangerschaftsberatungsstellen pro familia, der Evangelischen Beratungsstelle sowie dem Gesundheitsamt am diesjährigen Aktionstag zum Safe Abortion Day 2025 teil.**

Zwischen 12 und 15 Uhr informierten wir auf der Königstraße über die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland und insbesondere über die Bedeutung des § 218 StGB. Ziel war es, sichtbar zu machen, welchen belastenden und herausfordernden Situationen ungewollt Schwangere durch die aktuelle Gesetzeslage ausgesetzt sind. Der Schwangerschaftsabbruch ist weiterhin im Strafgesetzbuch geregelt, wodurch die Betroffene zusätzlich kriminalisiert und stigmatisiert wird.

Betroffene Frauen sind nicht nur mit einer emotional schwierigen Entscheidung konfrontiert, sondern müssen sich zusätzlich mit verschiedenen äußeren Faktoren auseinandersetzen. Dazu gehören zum Beispiel gesetzliche Fristen, die festlegen, bis zu welchem Zeitpunkt ein Schwangerschaftsabbruch überhaupt möglich ist und dadurch einen erheblichen Zeitdruck erzeugen. Innerhalb weniger Wochen müssen Beratungstermine, ärztliche Gespräche und der Eingriff organisiert werden. Hinzu kommt oft ein begrenztes medizinisches Angebot, weil nicht alle ÄrztInnen Schwangerschaftsabbrüche durchführen, was zu langen Fahrtwegen, Wartezeiten oder Schwierigkeiten bei der Terminfindung führen kann. Auch gesellschaftliche Stigmatisierung spielt eine große Rolle, denn viele Betroffene fürchten Verurteilung oder Ablehnung durch ihr Umfeld, was zu zusätzlichem emotionalem Stress führt. Darüber hinaus müssen sie rechtliche Vorgaben erfüllen etwa verpflichtende Beratungsgespräche und die darauffolgende 3-tägige vorgeschriebene Bedenkzeit, die den Prozess komplizierter und belastender machen.

Mit unserer Präsenz wollten wir auf diese strukturellen Hürden aufmerksam machen und verdeutlichen, dass ein politisches Umdenken längst überfällig ist.

Im Rahmen zahlreicher teils sehr persönlicher Gespräche konnten wir Interessierten darlegen, welche Schritte aktuell notwendig sind, um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, welche rechtlichen Hürden bestehen und welche Unterstützungsangebote von Beratungsstellen wie unserer verfügbar sind. Dabei machten wir deutlich, dass sichere und entstigmatisierte Zugänge, der Abbau rechtlicher Barrieren, eine flächendeckende medizinische Versorgung und eine unkomplizierte Kostenübernahme durch die Krankenversicherung zentrale Anliegen aller beteiligten Beratungsstellen sind. Diese Forderungen entsprechen nicht nur den Bedürfnissen vieler Betroffener, sondern sind Ausdruck einer menschenwürdigen und selbstbestimmten Regelung. Der Aktionstag war insgesamt sehr erfolgreich. Wir konnten zahlreiche Passantinnen mit Informationsmaterial versorgen und vielfältige Fragen klären. Besonders die Button-Aktion lud viele Besucherinnen dazu ein, an unserem Stand zu verweilen, Buttons mit unterschiedlichen Motiven wie „My Body, My Choice“ oder „Mit der Frau, nicht gegen sie“ zu stanzen und dabei auch in tiefgehende Gespräche über eigene Erfahrungen mit dem Thema zu kommen. Diese Offenheit hat uns sehr berührt und erneut gezeigt, wie viele Menschen von den bestehenden Regelungen betroffen sind und wie groß der Bedarf an wertfreier und sensibler Beratung bleibt. Die Gespräche haben uns in unserer Arbeit bestärkt und verdeutlicht, wie wichtig solche Aktionstage sind, um reproduktive Rechte öffentlich sichtbar zu machen und gesellschaftlich zu thematisieren.